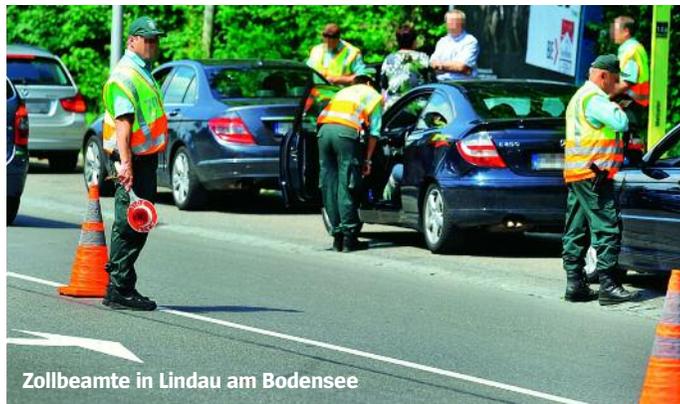


Wirtschaft

Steuerhinterziehung

Bargeldschmuggel nimmt zu

Der Zoll registriert eine deutliche Zunahme des Schwarzgeldschmuggels nach Deutschland. Vor allem an den Grenzen zur Schweiz und zu Österreich erwischen die Fahnder immer häufiger Reisende mit großen Mengen Bargeld. Im vergangenen Jahr verzeichneten die Ermittler 2666 Fälle von versuchtem Geldschmuggel, Volumen: weit über eine halbe Milliarde Euro. Zollfahnder gehen davon aus, dass die Zahl in diesem Jahr noch steigen wird. Auch die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Geldwäsche hat sich deutlich erhöht. Wurden im Jahr 2011 noch 2556 Verfahren eingeleitet, waren es im vergangenen Jahr bereits 3227 Fälle. Offenbar versuchen immer mehr Steuersünder, ihr Schwarzgeld abzuführen, nachdem Österreich und die Schweiz angekündigt haben, Kapitalerträge künftig den Steuerbehörden der Heimatländer zu melden. Etliche Schweizer Banken wollen Belege dafür sehen, dass Kunden ihr Geld in ihrem Heimatland ordnungsgemäß versteuert haben. Die UBS rät Steuerhinter-



Zollbeamte in Lindau am Bodensee

ziehen gar unverhohlen zur Selbstanzeige. In einem Brief an ihre Kunden mahnt die Bank, Zinseinkünfte, die „noch nicht deklariert sind“, im „Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu bereinigen“. Viele eidgenössische Banken drohen Anlegern damit, Schwarzgeldkonten andernfalls zu schließen. js



Gröhe

Pflege

Zweifel an Vorsorgefonds

Die Gewerkschaften fordern Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) auf, die geplante Einführung eines Kapitalstocks in der gesetzlichen Pflegeversicherung zu stoppen. „Auf den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds sollte verzichtet werden“, heißt es in einer Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Offenbar trauen die Gewerkschaften der Politik nicht mehr zu, eine Finanzreserve für längere Zeit

unangetastet zu lassen. Es bestünden „Zweifel an der Sicherheit einer kollektiven Vermögensbildung unter staatlicher Kontrolle“, so das Papier. Schließlich habe die Bundesregierung gerade erst Mittel aus dem Gesundheitsfonds „zur Haushaltssanierung umgewidmet“ und die Rentenrücklagen zur Finanzierung der Mütterrente „missbraucht“. Allein für den geplanten Fonds soll der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ab dem kommenden Jahr um 0,1 Prozentpunkte steigen. Mit ihm will Gröhe Kostensteigerungen in der Zukunft ausgleichen. cos

Fernverkehr

Bus schlägt Bahn

Der Boom im Fernbusverkehr setzt die Bahn immer stärker unter Druck. Allein im ersten Quartal stieg die Anzahl der Busstrecken im Vergleich zum Jahresende 2013 um zwölf Prozent. Das geht aus Zahlen des Verkehrsministeriums hervor. Auch in den nächsten Monaten dürfte sich das Angebot weiter vergrößern. Ende März lagen 35 Anträge für neue Verbindungen vor. Werden sie genehmigt, gäbe es mehr als 280 Fernbuslinien. Vor der Öffnung des Marktes Anfang 2013 waren es gerade einmal 86. „Viele Menschen nutzen

den Fernbus, um preiswert zu reisen. Er ist eine echte Ergänzung zum Auto, der Bahn und dem Flugzeug“, sagt Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). „Die Bundesregierung möchte diese Vielfalt weiter unterstützen und plant deshalb auch keine Maut für Busse.“ Das wiederum ärgert die Bahn, denn der Erfolg der Fernbusse macht ihr zusehends zu schaffen. Im Konzern fürchtet man, dass die niedrigen Preise für Bustickets Bahnfahrten unattraktiver erscheinen lassen. So ist eine Busfahrt von Berlin nach Köln bereits für rund 20 Euro zu haben, die reguläre Bahnverbindung kostet dagegen 117 Euro. bö



Reisebus

FOTOS: STEFAN PUCHNER / PICTURE ALLIANCE / DPA (O.); JENS GYARMATY / VISUM (M.); VERENA BRANDT / MEINFERNBUS (U.)